Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 151. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 205.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 3,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Unterhaltungsblatt), Illustriertes Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle u. den Saalkreis 25 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1372. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 29. März 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **In der Sitzung des Bundesrats** am 28. März wurde der Antrag Preußens betreffend die Reifezeugnisse der preußischen Studienanstalten mit gymnasialer, realgymnasialer und Oberrealschulrichtung dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Dem Entwurf eines Gesetzes betreffend den Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal wurde die Zustimmung erteilt. Die gleiche Beschlußfassung erfolgte über den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Reichsmilitärgesetzes und über den Entwurf einer Novelle zu den Gesetzen betreffend die deutsche Flotte, vom 14. Juni 1900 und 5. Juni 1906.

* **Die Ostmarkenzulage abgelehnt.** Der Reichstag hat gestern bei der zweiten Lesung des Postetats die Gewährung der Ostmarkenzulage mit 183 gegen 122 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. (Vergl. den Parlamentsbericht.)

* **Das Herrenhaus** erledigte gestern eine Reihe kleinerer Vorlagen und Petitionen und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit. (Näherer Bericht folgt.)

* **Bei der Landtagsersatzwahl** am gestrigen Donnerstag im Wahlkreis Kirchhain-Frankenberg für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Landrat Riesch wurde der konservative Kandidat Konsistorialpräsident Freiherr Schenk zu Schweinsberg-Kassel mit 89 Stimmen gegen den freikonservativen Kandidaten Kreisausschuß-Sekretär Ueberscheer, der 81 Stimmen erhielt, gewählt.

* **Der bayerische Ministerpräsident und der Dreibund.** In der bayerischen Kammer der Abgeordneten führte der Ministerpräsident in Erwiderung einer Bemerkung des Abg. Müller-Hof aus: Was die Stellung Bayerns zum Reiche betrifft, betone ich, daß ich kein Feind des Dreibundes bin. Wenn mir der Abg. Müller das Gegenteil untergeschoben hat, so ist er zwar nicht päpstlicher als der Papst, aber italienischer als Italien. Meine Ernennung hat in Italien und Rom kein Aufsehen erregt. Wohl habe ich einmal auf einem Katholikentage über das Thema „Wiedererrichtung des Kirchenstaates" gesprochen, habe aber dann hinzugefügt, daß uns nichts ferner liege als dieses. Die Befürchtungen des Abg. Müller, daß ich als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Bundesrat das Deutsche Reich zu einer italienfeindlichen Politik dränge, dürfen ruhig zurückgestellt werden. Die Leitung der auswärtigen Politik liegt beim Reiche. Der Ausschuß ist nicht so gedacht, daß er gleichsam die leitende Politik zu beeinflussen hätte.

* **Der Gnadenfonds des Kaisers,** der von der Budgetkommission der Zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtages seinerzeit gestrichen worden war, ist durch eine Mehrheit aus Zentrum, Lothringern und Liberalen in seiner ursprünglichen Höhe wieder eingesetzt worden. — Die Billigung erfolgte mit 33 gegen 24 Stimmen. Staatssekretär Zorn v. Bulach hatte erklärt, daß es dem monarchischen Gedanken und dem Charakter des Fonds widerspreche, ein parlamentarisches Kontrollrecht dafür einzuräumen. Die Regierung werde die Frage der Einrichtung einer heimischen Rechnungskammer prüfen und ihr zustimmen, wenn sie im Interesse des Landes liege. Die allgemeinen Einnahmen und Ausgaben des Etats und die Verwaltung der Finanzen wurden darauf genehmigt. Bei dem Etat des Statthalters und seines Bureaus, der in zweiter Lesung nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt wurde, erhob Staatssekretär Zorn v. Bulach Bedenken gegen die Vorschläge der Kommission, wonach künftig die auf 200 000 Mark bezifferten Repräsentationskosten als wegfallend bezeichnet werden. Der Kommissionsvorschlag ging aber durch. Der Dispositionsfonds des Statthalters von 130 000 Mark wurde bewilligt. Abg. Wolf zog seinen Antrag, der Kürzung um 30 000 Mark verlangt, zu Gunsten eines Antrages des Zentrums und des lothringer Bloks, der verlangt, daß künftig der Fonds herabgesetzt werde, zurück. Staatssekretär Zorn v. Bulach erklärte, daß der Statthalter ganz damit einverstanden wäre, daß der Fonds gekürzt und die Verantwortung des Statthalters gemindert würde.

* **Ein Dementi.** „Osservatore Romano" brachte gestern abend ein Dementi der Nachricht von der Ernennung des Monsignore Prinzen Hohenlohe zum päpstlichen Geheimkämmerer.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. März 1912.

Am Ministertische Kultusminister v. Trott zu Solz.

Präsident Frhr. v. Erffa eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bedauerte

Abg. **Winckler** (Kons.), daß die Resolution der Budgetkommission betr. Aufstellung von Grundsätzen durch die Regierung für die Unterstützung der Altpensionäre vor Ostern nicht mehr im Plenum zur Verhandlung komme, und sprach den Wunsch aus, diese Angelegenheit möglichst bald nach den Osterferien zu erledigen.

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Beratung des Kultusetats, und zwar wurde zunächst die Debatte über die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M. fortgesetzt.

Abg. **Funck** (Fortschr. Vpt.): Der Minister hat die richtigen Worte für die Bedeutung des Projekts gefunden. Zentren für Handel und Industrie sind besonders geeignet zur Errichtung von Universitäten. Mittel der Steuerzahler sollen ebenso wenig in Anspruch genommen werden wie Staatsmittel. Der Abg. Bell will nicht, daß die Börse und das Großkapital Einfluß auf das geistige Gebiet erhalten sollen. Die Börse hat aber mit der Universität sehr wenig zu tun. Außerdem sind ihr ja im Reichstag die Flügel nach allen Richtungen hin beschnitten worden. Abg. Bell ist gestern für die Staatsautorität in Erziehungsfragen eingetreten. Früher las man es anders, da wurde der Einfluß der Kirche in dieser Richtung betont. Marburg wird durch Frankfurt nicht verdrängt werden. Wir wollen eine Staatsuniversität haben, besonders mit Rücksicht auf das Berechtigungswesen.

Abg. **Dr. v. Campe** (Natl.): Es war ein seltener politischer Hochgenuß, gestern den Abg. Bell für eine Lehranstalt als Staatsanstalt schwärmen zu hören. (Heiterkeit.) Wir wollen vor allem prüfen, ob in Frankfurt die Voraussetzungen für die Gründung einer staatlichen Universität gegeben sind. Redner begründete den Antrag Dr. Friedberg (Natl.) und Gen., worin die Regierung ersucht wird, ihre Zustimmung zur Gründung der Universität Frankfurt nur dann zu geben, wenn der Charakter dieser Universität als einer Staatsveranstaltung im Sinne des preußischen Landrechts nach jeder Richtung hin gewährleistet ist und wenn für die Zukunft Gewähr geboten wird, daß Staatsmittel für die Universität nicht in Anspruch genommen werden. Ferner wird in dem Antrag die Regierung ersucht, die mit den Frankfurter Behörden, Instituten und Privatpersonen abgeschlossenen Verträge vor Zustimmung vor der Gründung der Universität dem Hause der Abgeordneten vorzulegen.

Kultusminister **v. Trott zu Solz:** Die zu dieser Materie vorliegenden Anträge stimmen in ihrem ersten Punkte mit meinen gestrigen Ausführungen überein, und ich habe deshalb gegen diese Wünsche nichts einzuwenden. Die Einstellung eines blinden Titels in den Etat, wie die Konservativen es wünschen, halte ich nicht für notwendig. Die Forderung in dem nationalliberalen Antrag, die mit Behörden, Instituten oder Privatpersonen abgeschlossenen Verträge der breiten Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, geht nach meiner Ansicht, den Rechten der Krone zu nahe, und ich muß mich deshalb aus grundsätzlichen Erwägungen gegen diese Forderung erklären.

Abg. **Dr. Liebknecht** (Soz.): Die Gründung der Universität Frankfurt hätte durch Gesetzgebung erfolgen sollen, nicht durch Königliche Verordnung. Wir beantragen, daß der neuen Universität volle Selbstverwaltung und Freiheit in der Berufung und Beauftragung der Dozenten gewährt und eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Landtage vorgelegt wird.

Abg. **Schmedding** (Ztr.) beantragt, den Ausbau der Universität Münster zu einer vollen Universität, sowie den weiteren Ausbau der Universität Marburg ohne Rücksicht auf die etwa errichtete Universität Frankfurt mit tunlichster Beschleunigung zu fördern.

Kultusminister **v. Trott zu Solz:** Das für die Universität zu bildende Kuratorium wird nur auf die äußere Verwaltung Einfluß haben. Die Ausgestaltung der Universitäten Münster und Marburg wird ohne Rücksicht auf Frankfurt von der Regierung auch weiterhin wohlwollend verfolgt werden.

Die Diskussion wurde geschlossen. Der nationalliberale Antrag wurde angenommen, der Teil des konservativen Antrags betr. Einstellung eines blinden Titels in den Etat abgelehnt. Durch Annahme des nationalliberalen Antrags gilt der sozialdemokratische als erledigt. Der Antrag Schmedding wurde gleichfalls angenommen.

Es folgte die Generaldebatte über die Universitäten.

Hierzu liegt ein Antrag **Eickhoff** (Fortschr. Vpt.) vor, die Regierung zu ersuchen, mit den Regierungen der anderen deutschen Bundesstaaten in Verhandlungen darüber einzutreten, daß auf allen deutschen Universitäten Lehrstühle für soziale Medizin errichtet werden, um die Studierenden der Medizin mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Arbeiterschutzgesetzgebung und mit den bei der Durchführung dieser Gesetze den Aerzten erwachsenden Aufgaben vertraut zu machen.

Abg. **Dr. Bell-Essen** (Ztr.): Für die Bibliotheken an den Universitäten muß mehr geschehen, um sie den modernen Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Die Jugendpflege muß gefördert, Turnanstalten für die Studierenden müssen errichtet werden. Dem Antrage Eickhoff stimmen wir zu. Der Trinkzwang unter der Studentenschaft ist glücklicherweise schon zurückgegangen, wobei wohl der wiederholt geäußerte Wunsch des Kaisers nicht ohne Einfluß gewesen ist. Bei Zulassung des weiblichen Geschlechts zum Studium ist strengste Auswahl nötig.

Abg. **Eickhoff** (Fortschr. Vpt.): Die staatliche Jugendpflege muß auch auf die akademischen Kreise ausgedehnt werden. Redner wünschte die Errichtung von Lehrstühlen für Kolonialrecht, Pädagogik und soziale Medizin und begründete seinen diesbezüglichen Antrag.

Abg. **Graf Clairon d'Haussonville** (Kons.) begrüßte die Anregungen des Vorredners und beantragte Überweisung des Antrages Eickhoff an die Unterrichtskommission.

Abg. **Dr. Friedberg** (Natl.) stellte sich diesem Antrage sympathisch gegenüber. Ferner äußerte er die Befürchtung, daß die neuen Bestimmungen für die Privatdozenten, wonach die venia legendi unter gewissen Voraussetzungen erlöschen könne, mit dem Disziplinargesetz in Widerspruch stehe.

Kultusminister **v. Trott zu Solz:** Die venia legendi kann von selbst erlöschen, wenn z. B. der Dozent nicht mehr an dem Orte wohnt. Diese Bestimmung steht mit dem Disziplinargesetz nicht im Widerspruch, sie ist sogar von den Fakultäten selbst ausgegangen. Ausnahmen können stattfinden. Die vorgebrachten Wünsche bezüglich der Etraordinarien werde ich einer Prüfung unterziehen und soweit es möglich ist, Abhilfe schaffen.

Geh. Rat **Elster:** Den Ausführungen des Abg. Eickhoff, daß die Ärzte mit den sozialen Gesetzen vertraut sein müssen, stimmt die Unterrichtsverwaltung zu. Da aber an jeder Universität Vorlesungen über Versicherungs-, Arbeiterschutzgesetzgebung usw. gehalten werden, liegt, so glaube ich, kein Bedürfnis zur Errichtung besonderer Lehrstühle für soziale Medizin vor.

Hierauf wurde die Diskussion geschlossen und der Antrag Eickhoff an die Unterrichtskommission verwiesen.

Vizepräsident **Dr. Krause:** Der Präsident hat mich beauftragt zu erklären, daß es unmöglich sei, vor den Osterferien das Kapitel „Höhere Lehranstalten" noch zu erledigen, daß aber das Kapitel „Universitäten" heute noch verabschiedet werden könne.

Abg. **Heine** (Natl.) wünschte bei dem Zoologischen Institut in Berlin die Errichtung einer Zentrale für Untersuchung von Eigenschaften und Krankheiten der Tiere.

Abg. **Dr. Liebknecht** (Soz.) verlangte Aufklärung über den Fall des russischen Studenten Dubrowski, der nach den Aussagen seiner Freunde infolge der Abweisung von der Universität zum Selbstmord getrieben worden sei.

In der weiteren Debatte wurden eine Reihe von Einzelwünschen vorgebracht

Abg. **v. Schenckendorff** (Natl.) begründete seinen Antrag, die staatliche Jugendpflege, soweit sie die körperliche Ausbildung fördern will, auch auf die akademische Jugend auszudehnen.

Kultusminister **v. Trott zu Solz:** Diesem Antrage stehe ich sympathisch gegenüber. An verschiedenen Universitäten sind bereits Turnhallen und Spielplätze für Studenten eingerichtet. Auch im Grunewald soll ein akademischer Spielplatz eingerichtet werden.

Der Antrag Schenckendorff wurde der Unterrichtskommission überwiesen.

Damit war das Kapitel „Universitäten" erledigt.

Das Haus vertagte sich sodann auf Dienstag, den 16. April, 12 Uhr: Eisenbahnetat.

Schluß gegen 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 28. März 1912.

Am Bundesratstische die Staatssekretäre Kühn und Kraetke.

Vizepräsident **Dr. Paasche** eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wurden der **Handelsvertrag** mit **Bulgarien** und der **Notetat** ohne Debatte definitiv in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wurde die Beratung des **Postetats** fortgesetzt.

Die Abstimmung über die zum Titel „Gehalt des Staatssekretärs" vorliegenden Resolutionen ergab deren Annahme.

Bei Titel Oberpostpraktikanten und Bureaubeamte trat

Abg. **Werner-Hersfeldt** (D. Resp.) für Besserstellung der Bureaubeamten zweiter Klasse ein.

Bei Titel Prämierung nützlicher Erfindungen auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens erklärte

Abg. **Dr. Struve** (Fortschr. Vpt.): Von den 8000 Mark, die für diese Zwecke ausgesetzt sind, ist kaum die Hälfte im letzten Jahre verbraucht worden. In dieser Hinsicht möge der Staatssekretär nicht gar zu sparsam sein.

Titel 17 betrifft die Oberpostdirektionen.

Abg. **Kunert** (Soz.): Die Oberpostdirektion Halle a. S. hat Erhebungen anstellen lassen, wie die einzelnen Beamten bei den Stadtverordnetenwahlen 1911 gewählt haben. Das ist ein gemeiner Denunziantenstreich gegen die Sozialdemokraten und ein Akt unverschämter Reaktion. Wie die Beamten gestimmt haben, geht niemanden etwas an. (Sehr richtig!) Das Amt hat nur Anspruch auf die Arbeitskraft der Beamten, nicht aber auf ihr Inneres, das Heiligtum des Mannes. Auch in Elsaß-Lothringen und in anderen Gegenden ist ähnliches passiert. (Vizepräsident **Dr. Paasche** ersuchte den Redner, nicht Erörterungen zu machen, die in die Generaldiskussion gehörten.) Durch sein Manifest hat der Reichskanzler einen unerhörten Druck auf die Postbeamten ausgeübt. (Vizepräsident **Dr. Paasche:** Der Reichskanzler gehört nicht zum Titel Gehalt der Postdirektoren!) Wir werden alles tun, um die Unabhängigkeit der Beamten zu wahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär **Granzow:** In einer Drucksache des Hallenschen Bürgervereins war behauptet worden, zahlreiche Postbeamte hätten sozialdemokratisch gewählt. Diesen Vorwurf wollten wir von den Beamten nehmen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Ledebour rief: Unverschämtheit sondergleichen! Lärm, Glocke.)

Vizepräsident **Dr. Paasche** rief den Abg. Ledebour zur Ordnung.

Unterstaatssekretär **Granzow:** Ist damit ein Verbrechen begangen? (Rufe: Jawohl!) Die Direktion ist eifrig bemüht gewesen, diesen Vorwurf (Zuruf: Ist kein Vorwurf!) — es ist aber allgemein als Vorwurf aufgefaßt worden — von den Beamten zu nehmen. Das ist die unverschämte Reaktion, von der Abg. Kunert sprach. (Große Unruhe.)

Abg. **Graf Praschma** (Zentr.): Der Briefstelegrammverkehr sollte weiter ausgedehnt werden.

Staatssekretär **Kraetke:** Bei Einführung des Briefstelegrammverkehrs handelt es sich um einen Versuch, der angestellt wurde in Orten mit telegraphischem Nachtdienst. Der Versuch wird ausgedehnt werden.

Abg. **Dr. Weill** (Soz.): Die Oberpostdirektion Metz hat am Tage vor der Reichstagsstichwahl den Beamten einen Revers vorgelegt, in dem bestätigt wird, von dem Poddielskischen Erlaß von 1898 Kenntnis erhalten zu haben — dem gegen die Sozialdemo-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203292-17/fragment/page=0001

kratie Front gemacht und auf den Diensteid hingewiesen wird. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Dieses Vorgehen ist so brutal, daß man fragen darf, ob diese Maßnahme mit Wissen und Einverständnis oder Billigung des Staatssekretärs erfolgt ist.

Staatssekretär **Kraetke**: Eine Verfügung an die Oberpostdirektion Metz ist von mir nicht erfolgt. Die dortige Oberpostdirektion hatte auch Kenntnis erhalten von dem sozialdemokratischen Flugblatt „Die Postbeamten und die Reichstagswahlen". Da hat sie es für nötig erachtet, diesen Erlaß von 1898 den Beamten wieder zur Kenntnis zu bringen. Sie selbst sind also eigentlich die Veranlasser dieser Maßnahmen. (Lachen bei den Soz.) Die Behörden können nicht die Hände in den Schoß legen und zusehen, wie die Sozialdemokratie mit Unwahrheiten in den Flugblättern arbeitet. Einen Grund zum Einschreiten kann ich nicht erblicken.

Abg. **Dr. Struve** (fortschr. Vpt.): Die Oberpostdirektoren sollten jeden Eingriff in das Wahlrecht der Beamten unterlassen. In Kiel hatten wir vor einigen Jahren die gleichen Verhältnisse wie in Metz.

Staatssekretär **Kraetke**: In Metz handelte es sich nicht um Nachforschungen, wie gewählt ist; auf Grund der bekannten Flugschrift mußte nur der alte Erlaß in Erinnerung gebracht werden.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Mit Flugblättern zu arbeiten, ist das gute Recht, jeder Partei. Die Behörde hätte ja etwaige Unrichtigkeiten widerlegen können. Statt dessen hat die Postbehörde in die Wahlen terroristisch eingegriffen. Die Beamten sind auf die Verfassung vereidigt. Vom Ministersessel herab aber wird dagegen verstoßen. (Große Unruhe, Sehr wahr! Glocke.)

Präsident **Dr. Kämpf**: Ich kann nicht zugeben, daß ein solcher Vorwurf einem Staatssekretär oder einem Minister hier gemacht wird.

Abg. **Ledebour** (Soz.) (fortfahrend): Wir müssen es uns verbitten, es als einen Vorwurf hinzustellen, daß jemand sozialdemokratisch gewählt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.). Die Behörde hätte handeln sollen, wie jeder anständige Mensch. (Der **Präsident** rügte diesen Ausdruck.) Statt dessen läßt sie herumschnüffeln, wie gewählt ist; das ist ein direktes Eingreifen in das Wahlrecht und eine Verletzung der Eidespflicht. (Glocke.)

Präsident **Dr. Kämpf** rief den Abg. Ledebour zur Ordnung. (Abg. **Kunert** rief: Der Staatssekretär ist ein Rechtsverletzer!)

Abg. **Ledebour** (fortfahrend): Alle Parteien ohne Unterschied sollten sich einen solchen Eingriff verbitten.

Damit schloß diese Diskussion.

Bei Titel „Oberpostassistenten" ꝛc. trat

Abg. **Werner**-Hersfeld (D. Rfpt.) für bessere Regelung der Urlaubsbedingungen dieser Beamten ein.

Die Resolution der Budgetkommission hierzu, betr. jährliche Zulage von 300 Mark, wurde angenommen, ebenso ein Antrag Frhr. v. Gamp, diese Zulage pensionsfähig zu machen.

Bei Titel „Post und Telegraphengehilfinnen" erklärte gegenüber dem Abg. Werner-Hersfeld (D. Rfpt.)

Unterstaatssekretär **Granzow**: Unsere Damen haben sich am Telephon und auch sonst durchaus bewährt. Die Befürchtungen, daß die männlichen Beamten durch die weiblichen benachteiligt werden könnten, treffen nicht zu

Zu dem Titel „Gehobene Unterbeamten" liegen mehrere Resolutionen der Budgetkommission und aus dem Hause vor, die sich mit dem Gehalt, den wöchentlichen Dienststunden und der Berechnung der Dienstzeit der unteren Postbeamten beschäftigen.

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Die Lage unserer Postunterbeamten ist nicht so schlecht, daß Grund zu tiefgehender Unzufriedenheit gegeben wäre. Man sollte den Wünschen der Unterbeamten entgegenkommen und auch die Dienstzeiten herabsetzen, damit wird der Sozialdemokratie das Feld genommen.

Staatssekretär **Kraetke**: Wir sind eifrig bemüht, die Unterschiede in der Berechnung der Dienstzeit in verschiedenen Bezirken aufzuheben. Wir werden alles tun, um den berechtigten Wünschen der Unterbeamten entgegenzukommen. Es werden Erwägungen angestellt werden, ob in den Industriebezirken die Löhne hoch genug sind.

Abg. **Dr. Struve** (Fortschr. Vpt.): Die Postboten klagen über das Zulagewesen.

Abg. **Ebert** (Soz.): Bei der Besoldungsreform ist keine Beamtenklasse so schlecht weggekommen, wie die der Unterbeamten, speziell der Postschaffner. Die bürgerlichen Parteien hätten damals nicht vor dem „Unannehmbar" der Regierung zurückschrecken dürfen. In den Industriebezirken ist kaum eine einzelstehende Person, geschweige denn eine Familie, mit den Gehältern durchzubringen.

Unterstaatssekretär **Granzow**: Es handelt sich bei den Postboten um junge Leute, die mit 3 Mark Anfangslohn — auch für alle Sonn- und Festtage — ein genügendes Auskommen haben dürften. Von Hungerlöhnen ist keine Rede. Damit würde auch die übergroße Zahl der Bewerbungen nicht in Einklang stehen.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Abgg. **Werner**-Hersfeld (D. Rfpt.), **Giesberts** (Zentr.) und Dr. **Struve** (Fortschr. Vpt.) beteiligten, wurden sämtliche Resolutionen angenommen.

Zu Titel „Postagenten" lag eine Resolution der Nationalliberalen und Fortschrittlichen vor auf Erwägung der Errichtung einer Pensionskasse für Postagenten.

Staatssekretär **Kraetke** sagte Erwägung zu.

Abg. **Werner**-Hersfeld (D. Rfpt.) trug unter großer Unruhe des Hauses weitere Wünsche der Postagenten vor,

Die Resolution wurde angenommen und der Titel bewilligt.

Beim Titel „Löhne für außerhalb des Beamtenverhältnisses stehenden Personen wünschte

Abg. **Ebert** (Soz.) mindestens Gleichstellung der Postarbeiter mit den Postillonen. Die Arbeiterausschüsse werden als ein notwendiges Übel betrachtet, ihre Arbeitslust schwindet deshalb auch zusehends.

Abg. **Ickler** (Natl.): Die Befugnisse der Arbeiterausschüsse müssen weiter ausgedehnt werden. Den Arbeitern muß in ihren Lohnfragen ein größeres Entgegenkommen gezeigt werden.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vgg.): Den Staatsarbeitern sollte die Möglichkeit einer Pensionsversicherung gegeben werden. Diese Pensionskassen könnten eventuell mit anderen Betrieben, z. B. den Militärkassen zusammengelegt werden.

Staatssekretär **Kraetke**: Daß die Löhne im Steigen sind, erkennen die Arbeiter selber an. Den übrigen Wünschen stehen wir wohlwollend gegenüber.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Dr. Struve** (Fortschr. Vpt.) wurde der Titel bewilligt.

Zu Titel „Ostmarkenzulage" führte

Abg. **Schlee** (Natl.) aus: Offenbar unter Billigung des Zentrums wollen die Polen und Sozialdemokraten den Beamten in den Ostmarken diese Zulage entziehen. Für ein derartiges Wohlwollen werden sich die Beamten bedanken. Es wird behauptet, diese Zulage werde aus politischen Rücksichten gewährt; das ist aus der Regierungsvorlage nicht zu ersehen. (Lachen.) Wir bestreiten den politischen Charakter. (Lachen.) Auch handelt es sich hier nicht um ein Glied in der Kette der preußischen Polenpolitik. Die preußische Polenpolitik geht den Reichstag überhaupt nichts an. (Schallendes Gelächter.) Unsere Postbeamten im Osten haben sich dienstlich und außerdienstlich mustergültig geführt, sie genießen auch bei den Polen volles Vertrauen, von Korruption ist keine Rede. (Sehr gut!) In gemischtsprachiger Gegend ist die Tätigkeit eines Beamten doppelt schwer. Auch die Lebensbedingungen sind nicht billiger als im Westen und in den großen Städten. Diese Zulage sollte dauernd und pensionsfähig gewährt werden. (Beifall.)

Abg. **Wendel** (Soz.): Aus der Rede des Vorredners sprach die Furcht vor den Revolvern eines Polenaufstandes. (Lachen.) Der letzte Polenaufstand war kein Schandfleck für die Polen, wohl aber für Preußen.

Vizepräsident **Dr. Paasche** rügte diesen Ausdruck.

Abg. **Wendel** (fortfahrend): Wir lassen uns nicht abbringen von unserer Haltung der Ostmarkenzulage gegenüber.

Abg. **Schulz-Bromberg** (Reichspt.): Das Unerhörteste, was von dieser Tribüne jemals gesagt worden ist, hat der Abg. Wendel geleistet, als er Bismarck Teilnahme an Menschenschlächterei vorwarf. (Großer Lärm.) Daß ein junger 27jähriger Mann so etwas sagen dürfte (Lärm) — ist unerhört. (Erneuter großer Lärm und Zurufe, ein Sozialdemokrat erhält vom Vizepräsidenten Dr. Paasche einen Ordnungsruf.) Die Worte des Abg. Wendel werden noch draußen gehört werden, die Beamten werden es sich merken. (Beifall.)

Abg. **Graf v. Westarp** (Kons.): Wohl selten ist eine Maßnahme vom Reichstage getroffen worden, die eine größere Härte und Unbilligkeit bedeuten würde, als die Streichung der Ostmarkenzulage. Die Wünsche der Beamten auf Gehaltsaufbesserung und Diensterleichterungen werden beim Postetat besonders betont, und hier wollen Sie mit einem Federstrich den Beamten schweren Schaden zufügen. Die Beamten haben nicht nur ihre Dienstpflicht zu erfüllen, sie haben auch das Deutschtum hochzuhalten im Interesse des Staates, in dessen Dienst sie stehen. Die großpolnische Agitation bringt den Beamten in eine besonders schwierige Lage, dafür muß ein Ausgleich geschaffen werden. Ein wirklicher Grund für Streichung der Zulage kann nicht vorgebracht werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Seyda** (Pole): Über die historischen Vorgänge und über die Haltung Bismarcks den Polen gegenüber hat die Geschichte schon ihr Urteil gefällt. Graf Westarp wies im Gegensatz zum Abg. Schlee auf die politischen Gründe dieser Vorlage hin. Der politische Charakter der Ostmarkenzulage ist nicht zu leugnen. Eine Härte liegt allerdings in der Streichung, wir sind aber unschuldig daran, deshalb mag die Regierung allen Beamten im Reiche, die in gleicher Lage sind, eine Aufbesserung zuteil werden lassen.

Abg. **Dr. Spahn** (Ztr.): In Konsequenz unserer bisherigen Haltung stimmen wir gegen die Zulage. (Hört! Hört!)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wenn von uns die Bezeichnung Korruptionsfonds gebraucht ist, so richtet sich das nicht gegen die Beamten, sondern gegen den Fonds selber. Die Bezeichnung trifft aber durchaus zu. In dritter Lesung bieten wir Ihnen die Möglichkeit, allen Beamten die Zulage zu geben. (Zuruf rechts: Nachher lehnen Sie den ganzen Etat ab!) Das hält uns nicht ab, den Etat so gut wie möglich zu gestalten. Die ganze preußische Politik ist ein Bruch der Verfassung.

Staatssekretär **Kraetke**: Klagen gegen das Verhalten der Postbeamten in den polnischen Bezirken sind selten; kommen vereinzelte Fälle vor, so tritt sofort Remedur ein. Bezüglich der Ostmarkenzulage möchte ich an Ihr Herz appellieren. Es handelt sich hier um mittlere und niedere Beamte, die mit dieser Zulage rechnen, und zwar nicht blos um deutsche Beamte, sondern auch um Ihre polnischen Beamten. Wir stehen zwei Tage vor dem Zahlungstermin. Können Sie es verantworten, daß diesen Beamten, die sich auf die Zulage eingerichtet haben, diese zwei Tage vorher entzogen wird? (Rufe bei den Sozialdemokraten: Ja!) Nein, meine Herren, ich halte Sie nicht für so hart. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir appellieren an Ihr Herz. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten und bei den Polen.) Sie werden mich nicht überschreien. Wo es gilt, für die Beamten einzutreten, ist auch meine Stimme groß genug, um Sie zu überschreien. Ich würde es noch eher verstehen, wenn Sie die Zulage für 1913 als künftig wegfallend beantragen würden; aber zwei Tage vor dem Zahlungstermin können Sie die Zulage unmöglich streichen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Darauf wurde über den Antrag auf Streichung des Titels namentlich abgestimmt.

Von 306 abgegebenen gültigen Stimmen — eine war blau — stimmten 122 für, 183 gegen die Zulage. Diese ist somit abgelehnt.

Bei Titel 52 (Bau und Unterhaltung von Telegraphenlinien: Unterstützung von Arbeitern usw.) befürwortete

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vgg.) eine Resolution auf günstigere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Arbeiter und Handwerker, Anrechnung eines angemessenen Teils ihrer Arbeiter- und Handwerkerdienstjahre bei etatsmäßiger Anstellung und Vorlegung einer Denkschrift für Errichtung einer Pensionskasse. Redner brachte weiter Beschwerden über die Maßregelung eines Arbeiters vor, die erfolgte, um den Urheber eines Artikels in einem Fachblatt zu ermitteln.

Staatssekretär **Kraetke**: Das Vorgehen der Oberpostdirektion gegen den gemaßregelten Arbeiter kann ich nicht billigen; die verhängte Strafversetzung wird rückgängig gemacht.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurden die Resolutionen angenommen und der Titel bewilligt.

Bei Titel „Entschädigungen für verloren gegangene Postsachen" erklärte gegenüber einer Beschwerde des Abg. **Dr. Burckhardt** (Wirtsch. Vgg.)

Direktor **Kobelt**: Gegen die Festlegung der Haftpflicht für verloren gegangene Sendungen seitens der Post bestehen schwerwiegende Bedenken, die noch immer nicht haben beseitigt werden können.

Der Rest der fortdauernden Ausgaben wurde ohne Debatte bewilligt, ebenso die einmaligen Ausgaben und die des außerordentlichen Etats.

Bei den Einnahmen bat

Abg. **Ulrich** (Soz.) angesichts der veranschlagten Mehreinnahmen von 39 Millionen Mark um Ausdehnung des Portos im Ortspostverkehr. Besonders exemplifizierte Redner auf Frankfurt a. M. und Offenbach.

Eine Resolution auf Portofreiheit von Soldatenpaketen wurde angenommen.

Die Einnahmen wurden genehmigt, und die zu diesem Etat vorliegenden Petitionen dem Antrage der Kommission entsprechend erledigt.

Damit war der Postetat in zweiter Lesung angenommen.

Es folgte der **Etat der Reichsdruckerei**.

Abg. **Becker**-Arnsberg (Ztr.): Den nicht sozialdemokratisch organisierten Druckern in der Reichsdruckerei gegenüber ist ein derartiger Terrorismus angewendet worden, daß dagegen mit aller Entschiedenheit Protest eingelegt werden muß. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Was will die Direktion der Reichsdruckerei tun, um die nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu schützen? (Zurufe: Denunziant, Hetzer! Zischen und Pfuirufe bei den Sozialdemokraten.)

Direktor der Reichsdruckerei **Aschenborn**: In den Ausführungen des Vorredners liegt ein schwerer Vorwurf für die Direktion. Nicht die Direktion allein, auch die Arbeiter unter sich sind verpflichtet, die Koalitionsfreiheit zu achten. Der Direktion sind solche Fälle der Schikane oder des Terrorismus nicht bekannt geworden. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die angeführten Fälle liegen sieben bis acht Jahre zurück. Wir werden die Arbeiter auf ihre Pflicht nochmals hinweisen, Beschwerden sofort ihren Vorgesetzten oder der Direktion zu unterbreiten; sie werden stets unsere volle Unterstützung finden.

Nach weiterer Debatte wurde der Etat der Reichsdruckerei genehmigt und eine Resolution auf rentable Ausnützung des Betriebes angenommen.

Es folgten **Wahlprüfungen**.

Die Wahl der Abgg. Fürst Salm-Reifferscheidt (Ztr.), Colshorn (Ztr.), Dietrich (Kons.) und Sperlich (Ztr.) wurden debattelos für gültig erklärt.

Zur Wahl des Abg. Dr. Blunck (Fortschr. Vpt.) beantragte die Wahlprüfungskommission gleichfalls Gültigkeitserklärung.

Abg. **Dr. Struve** (Fortschr. Vpt.): Die Deutsche Tageszeitung hat meine Ehre in unerhört frivoler Weise angegriffen durch die Behauptung, ich hätte ein Wahlflugblatt fälschlich so gestaltet, als sei es im Namen des Bundes der Landwirte herausgegeben.

Abg. **Oertel** (Kons.): Ich habe den Artikel erst gelesen, nachdem er gedruckt war. Der Artikel sagte auch nicht, es sei vor der Kommission festgestellt, daß Dr. Struve der Verfasser des Flugblatts sei. Die Deutsche Tageszeitung wird die Antwort nicht schuldig bleiben und zwar in einer Weise, die auch Dr. Struve befriedigen wird.

Die Abgg. **Hofmann** (Soz.) und **Stadthagen** (Soz.) stellten fest, daß der Abg. Oertel kein Wort des Bedauerns gefunden hat.

Abg. **Oertel** (Kons.) konstatierte nochmals, daß die Deutsche Tageszeitung sich nur auf den Wahlprotest bezogen habe, nicht auf die Vorgänge in der Wahlprüfungskommission.

Abg. **Dr. Struve** (Fortschr. Vpt.): Man wollte mir eine moralische Ohrfeige geben. Sollte ich diese etwa in eine physische verwandeln? Das ist die Presse, die in der lex Wagner die persönliche Ehre eines Menschen unangetastet lassen wollte!

Nach weiterer Debatte wurde die Wahl des Abg. **Blunck** für gültig erklärt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung **Dienstag, 16. April, nachm. 2 Uhr**: Etat der Reichseisenbahnen und des Reichseisenbahnamts.

Präsident **Dr. Kaempf** entbot den Abgeordneten die besten Wünsche für ein frohes Osterfest und für glückliche Wiederkehr nach den Ferien.

Schluß 7¼ Uhr.

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

Konstantinopeler Blättermeldungen aus Syrien zufolge hat der italienische Konsul in Beirut, der sich seit dem Ausbruch des Krieges im Libanon befindet, an die fremden Konsuln in Beirut ein Memorandum gerichtet, in welchem gegen die Ausweisung der Italiener aus dem Libanon protestiert und mit dem Bombardement der Küste des Libanon gedroht wird.

Die „Agenzia Stefani" meldet: Die über einen neuen türkischen Sieg bei Benghasi aus türkischer Quelle verbreiteten Nachrichten, die in den letzten Tagen in Europa, besonders in England und sogar in Amerika von den „Central News" in Umlauf gesetzt wurden, entbehren jeder Begründung. Dies dürfte zur Genüge auch die Tatsache beweisen, daß die Nachricht der „Central News" aus Dahibat an der tripolitanisch-tunesischen Grenze zuging, 2000 Kilometer von Benghasi entfernt. Die letzte Meldung aus Benghasi, die die (italienische) Regierung erhielt, trägt das Datum vom 27. März und erwähnt nichts neues. Die früheren Nachrichten bestätigen außerdem, daß die arabischen und türkischen Streitkräfte, die bisher in der Umgebung von Benghasi lagen, sich demoralisiert in das Innere des Landes zurückgezogen haben.

Die römische Zeitung „Popolo Romano" schreibt: Einige ausländische Zeitungen haben die Nachricht verbreitet, daß aus der Zusammenkunft in Venedig große Ereignisse hervorgehen würden; dieselben Blätter behaupten jetzt, die italienische Presse, die auf Frieden gehofft habe, sei enttäuscht. In Wirklichkeit ist aber in der italienischen Presse von Enttäuschung keine Rede, da sie, wie das italienische Publikum, keinen Grund hatte, auf Wunder zu hoffen. Jene ausländischen Zeitungen haben offenbar jene angeblichen Hoffnungen nur erfunden, um daraus eine Enttäuschung ableiten zu können. In Italien begreift man die schwierige und delikate Stellung, die die Neutralität den Großmächten auferlegt. Italien ist den Mächten dankbar für die Vermittlungsaktion und wünscht nur, daß die Türkei bald auf die Vorschläge Italiens antwortet.

Das französische Flottenprogramm.

Im französischen Senat legte Berichterstatter Chautemps bei der Beratung des Flottenprogramms dar, daß es für Frankreich notwendig sei, seinen Rivalen zu folgen und seinen Verbündeten die schätzbare Wichtigkeit der Streitkräfte zur See zu zeigen, die Frankreich der gemeinsamen Sache zur Sicherung des Weltfriedens zur Verfügung stellen könne. (Beifall.) In Beantwortung verschiedener Anfragen teilte Marineminister Delcassé mit, daß die neuen Schiffe ausnahmslos zehn Geschütze für das Breitseitfeuer haben würden. Senator Destournelles de Constant beklagte die Vermehrung der Flottenausgaben sowie die Zersplitterung der militärischen und finanziellen Kräfte. Wir werden, erklärte er, bauen, einzig, um zu bauen, denn unser Programm wird immer unzureichend sein. Der Marineminister Delcassé erläuterte sodann das Flottenprogramm in ausführlicher Weise. Er erkannte an, daß die von dem Lande geforderte finanzielle Anstrengung bedeutend sei. Aber im Hinblick auf die Flottenprogramme der anderen Nationen sei sie unabweisbar, um Frankreich Sicherheit zu verschaffen. Das Flottenprogramm einschränken, hieße, den Einfluß Frankreichs im Rate seiner Freunde und Verbündeten vermindern. In ihrer Stärke müsse eine Nation die Bürgschaft für den Frieden suchen, und diese Bürgschaft werde durch das dem Senat unterbreitete Flottenprogramm gefestigt.

Die Kretafragen.

Das Konstantinopeler Blatt „Jeni Gazetta" erfährt, daß infolge der seit der letzten Phase der Kretafrage mit England gepflogenen Unterhandlungen England die kategorische Versicherung gegeben habe, daß, wenn in Kreta der geringste Angriff auf die Mohammedaner erfolge, die Insel sofort militärisch besetzt werden würde. Der Status quo und die Souveränitätsrechte der Türkei würden gewahrt und die Entsendung von kretischen Deputierten nach Athen nicht zugelassen werden. Rußland und Frankreich seien eines Sinnes mit England. Auf diese Weise gelange

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203292-17/fragment/page=0002

die Kretafrage dank der diplomatischen Erfolge der Türkei in ein endgültiges Stadium, das mit den Interessen der Türkei vereinbar sei.

Aus China.

Ungefähr 500 Soldaten haben am Mittwoch abend in Sutschau gemeutert und Pfandleihen geplündert, sowie mehrere Häuser verbrannt.

*

Die parlamentarischen Schwierigkeiten in Ungarn. Die Führer der Kossuth-Partei haben Khuen-Hedervary erklärt, daß sie nicht an der Form, sondern an dem wesentlichen Inhalt der Resolution betreffend die Einberufung der Ersatzreservisten festhielten. Khuen-Hedervary wird deshalb heute vor dem König in Audienz erscheinen und erklären, daß sein letzter Entwirrungsplan nicht zur Lösung der Krise führen könne.

Bei den Munizipalwahlen in Konstantinopel und der Provinz erlangten die Jungtürken eine sehr große Majorität. Drei oppositionelle Zeitungen wurden wegen Wahlagitationsartikeln suspendiert.

Aus Nah und Fern.

Die Bergarbeiterbewegung.

Der englische Premierminister Asquith wohnte gestern in London einer Versammlung von liberalen Parlamentariern aus den Kohlendistrikten bei und erklärte daselbst, die Annahme der Bill über das Lohnminimum habe eine neue Situation geschaffen. Seit die Regierung eingegriffen habe, sei dem Prinzip des Lohnminimums von einem erheblichen Teile der Kohlengrubenbesitzer zugestimmt worden. Wenn das Parlament es abgelehnt habe, in die Bill bestimmte Zahlen aufzunehmen, so müsse dies nicht so ausgelegt werden, als ob ein Teil des Parlaments der Meinung sei, daß die geforderten Zahlen unbillig seien. Den Distriktsämtern sollte vertrauensvoll die Festsetzung der Raten für die Distrikte überlassen werden. — Das englische Oberhaus nahm die Mindestlohnbill gestern auch in dritter Lesung ohne Zusatzanträge an. Heute wird dieselbe die Zustimmung des Königs erhalten.

Im nordwestböhmischen Braunkohlenbecken sowie im Falkenau-Elbogener Revier ist nach gestern eingetroffenen Meldungen im allgemeinen eine geringe Besserung der Lage zu verzeichnen. Unbedeutend zugenommen hat die Zahl der Streikenden bloß in den Bezirken Aussig und Komotau. Eine Abnahme der Streikenden ergeben die Ziffern in den Bezirken Brüx und Dux; unverändert ist die Lage in Karlsbad. Normal ist der Betrieb im Kladno-Schlaner Kohlenrevier. Die Bemühungen der Unionisten, den Streik zu einem allgemeinen zu gestalten, sind gescheitert. Der Verein für die bergbaulichen Interessen Nordwestböhmens hat an sämtliche Bezirkshauptmannschaften des Braunkohlenbeckens eine Eingabe gerichtet, in welcher er um ausgiebigen Schutz der Arbeitswilligen ersucht. Im Teplitzer Bezirk ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Bei der gestrigen Frühschicht sind von 1405 Arbeitern nur 381 erschienen.

Die französische Kammer beriet einen Gesetzentwurf, durch den die Arbeitszeit in den Bergwerken auf acht Stunden begrenzt wird.

*

Ein Hauptmann erschossen. Man meldet uns aus Osterode: Der Hauptmann Reetsch vom Infanterie-Regiment Nr. 18 ist gestern vormittag von einem Soldaten aus einem Kasernenfenster erschossen worden. Der Täter erschoß sich selbst. — Wie die „Osteroder Zeitung" noch mitteilt, diente der Soldat Emersleben, der gestern vormittag Hauptmann Reetsch erschoß, im ersten Jahre und war im Anhaltischen beheimatet. Er gab den Schuß von oben, aus einem Fenster der Kaserne ab und traf den Hauptmann in den Hals. Die Kugel trat aus dem Unterleib wieder heraus. Hauptmann Reetsch war sofort tot. Emersleben tötete sich darauf durch einen Schuß in den Mund. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt.

Der Friede im Schneidergewerbe ist nunmehr endgültig gesichert. Nach dreitägigen Verhandlungen vor dem Magistratssyndikus Dr. Hiller-Frankfurt ist eine Einigung erreicht worden. Der letzte Einigungsvorschlag des Verhandlungsleiters ist von den Arbeitgebern angenommen worden, und die Arbeitnehmer haben sich einstimmig verpflichtet, diesen Vorschlag der in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlung der Arbeitnehmer dringend zur Annahme zu empfehlen. Der Einigungsvorschlag sichert den Arbeitern eine fünfprozentige Erhöhung der Grundlöhne zu und überträgt die Entscheidung über die weitergehenden Forderungen der Arbeiter einem noch von zwei weiteren Unparteiischen zu bildenden Schiedsgericht, das vom 2./4. ab in Jena tagen wird. Am gleichen Tage wird die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen.

Zum Bauunfall am Berliner Spreetunnel. Der Schaden, den die Wasserkatastrophe im Untergrundbahnhof Spittelmarkt angerichtet hat, ist vorläufig unberechenbar. Der Termin, zu dem der Verkehr wieder aufgenommen werden kann, ist noch nicht festzustellen. Das Wasser ist in den gestrigen Vormittagsstunden wieder um über 10 cm gestiegen. Die Kreiselpumpe, die nachts mit großer Mühe in den Bahnhof hinabgeschafft worden war, wurde infolge Kurzschlusses betriebsunfähig. Man ist dabei, sie durch ein Balkengerüst wieder zu heben. Die Feuerwehr war von Mittwoch früh bis in die Nacht zum Donnerstag mit vier Dampfspritzen tätig. Einen wirklichen Erfolg hat das Auspumpen erst, wenn es gelingt, das dauernde Nachsickern des Wassers zu verhindern. Donnerstag mittag haben die Chefingenieurs der Untergrundbahngesellschaft eine neue Konferenz abgehalten und über Maßnahmen zur Beseitigung des Schadens beraten. Auch sollen Taucher versuchen, die Ursache der Katastrophe zu ermitteln. Die Verkehrskalamität ist sehr groß. Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften lassen zahlreiche Einsatzwagen durch die Leipzigerstraße laufen. — Eine spätere Meldung aus Berlin besagt noch: Während der Donnerstags-Nachmittagsstunden begann ein erneutes Steigen des Wassers im Untergrundbahnhof Spittelmarkt. Das dauerte bis etwa 7½ Uhr. Es folgte dann ein Sinken des Wasserspiegels. Um 9 Uhr abends war die Situation ungefähr dieselbe wie vor 24 Stunden. Wann die Wiederaufnahme des Fahrbetriebes auf der Strecke Spittelmarkt—Leipzigerplatz erfolgen kann, ist noch völlig unbestimmt. Die Gesellschaft hofft, den kommenden Mittwoch dafür in Aussicht nehmen zu können. In anderen Fachkreisen ist man jedoch skeptischer. Selbst wenn das Wasser aus dem Tunnel entfernt sein wird, müßte doch erst festgestellt werden, ob nicht das Fundament der Gleise gelitten hat. Zwischen Wall- und Inselstraße sind augenblicklich zwei Taucher damit beschäftigt, die Vorarbeiten für einen neuen Fangdamm auszuführen. Sie müssen zunächst die auf dem Grunde der Spree ruhenden Gesteinsmassen entfernen, was viel Zeit und Mühe in Anspruch nimmt. Ehe dieser neue Fangdamm nicht fertiggestellt ist, und das wird kaum vor Sonnabend möglich sein, muß man sich darauf beschränken, das Wasser nicht höher steigen zu lassen. Es sind noch weitere vier Pumpen aufgestellt worden, so daß sich jetzt elf Kreiselpumpen im Betriebe befinden.

Ein Ministerpalais eingeäschert. In Konstantinopel ist das Palais des Ministers des Aeußern, das in der Nähe der deutschen Botschaft liegt, durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Eine ganze Ortschaft eingeäschert. Die Ortschaft Trcsztena im ungarischen Komitat Arva ist vollständig eingeäschert worden. Ueber 300 Häuser sind samt Nebengebäuden und vielen Haustieren den Flammen zum Opfer gefallen.

Ein Generalkonsul unter Hinterlassung vieler Schulden flüchtig. Der Generalkonsul von Costarica, Hugo Müller in Berlin, der in der dortigen Seydelstraße eine große Konfektionsfabrik betrieb, ist, wie der „Lokalanzeiger" meldet, vorgestern abend unter Hinterlassung sehr bedeutender Schulden geflüchtet. In eingeweihten Kreisen schätzt man die Unterbilanz auf etwa 1 Million; auch mehrere Großbanken sollen geschädigt sein. Die Geschäftsräume wurden von der Staatsanwaltschaft geschlossen und versiegelt. Ein Steckbrief sollte noch gestern hinter Müller erlassen werden.

Letzte Telegramme.

Bierpreiserhöhung.

Leipzig, 29. März. Wegen der am 1. April in Kraft tretenden kommunalen Biersteuer und des kommenden Eichgesetzes haben die Gastwirte eine Erhöhung der Bierpreise beschlossen.

Die Luftschiffahrt.

Wien, 29. März. Der Stadtrat bewilligte zwei Preise von 50 000 Kronen für die im Juli auf dem neuen Flugfelde von Aspern stattfindende Flugwoche. Davon sind 20 000 Kronen für den Flug Wien—Berlin und 30 000 Kronen für Schauflüge auf dem Flugfelde ausgesetzt.

Immer wieder: Vorsicht mit Pistolen!

Pest, 29. März. Kurz bevor sich die gräfliche Familie Andrassy gestern zum Frühstück begab, entlud sich eine Pistole, mit der die Gräfin Kathinka Andrassy hantierte, und verwundete die Gräfin schwer. Sie wurde in ein Sanatorium gebracht, wo die Kugel entfernt wurde.

Der Frieden steht nahe bevor.

Konstantinopel, 29. März. Infolge günstiger Friedensgerüchte trat gestern an der Börse eine bedeutende Hausse in türkischen Fonds ein.

Der Frauenstimmrechts-Gesetzentwurf vom englischen Unterhaus abgelehnt.

London, 29. März. Das Unterhaus hat den Gesetzentwurf über das Frauenstimmrecht mit 222 gegen 208 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung rief allgemein Ueberraschung hervor und wurde von den Gegnern des Frauenstimmrechts mit ungeheurem Jubel begrüßt. Premierminister Asquith und Kolonialminister Harcourt stimmten gegen das Gesetz, Finanzminister Lloyd George und der Minister des Auswärtigen Grey dafür.

Das Herrlichste von antiker Kunst.

Pompeji, 29. März. Gestern wurde die Fassade eines Hauses aufgedeckt, die vielleicht das Herrlichste ist, was von antiker Kunst überhaupt erhalten worden ist. Die Fassade ist mit Fresken und Götterbüsten geschmückt und weist einen gemalten Fries auf, der ein feierliches Opfer vor der Göttin Kybele darstellt.

Börsen- und Handelsteil.

Wollauktion in Antwerpen

am 28. März. (Anfang.) Bei guter Beteiligung und lebhafter Nachfrage eröffnete die Auktion zu höheren Preisen. Alle Merinos 3 Prozent höher. Crossbreds 5 bis 7½ Prozent höher. Scouredwolle Type B. notierte 4,70 bis 4,75, Wolle zweifach 4,90 bis 4,95. Die Angahl der angebotenen Ballen betrug 2500 Ballen, wovon 1190 verkauft wurden, und zwar 1188 Ballen Montevideo und 2 Ballen Diverse.

Die Börsen in Paris und London.

Aus Paris, 28. März, wird uns gemeldet: Die Börse war anfangs behauptet. Später trat im Parkett eine feste Tendenz hervor, weil man bezüglich der internationalen politischen Lage eine günstigere Auffassung gewonnen hat. Namentlich türkische Werte waren begehrt auf das Gerücht hon einer möglichen Verständigung zwischen Italien und der Türkei. Rege Nachfrage zeigte sich auch für Rio Tinto-Aktien infolge der Steigerung des Kupferpreises.

Eine Meldung aus London, 28. März, besagt: Die heutige Börse zeigte feste Haltung. Renten lagen auf die angeblichen Fortschritte der deutsch-englischen Verhandlungen fester. Canadian Pacific zogen auf Berlin im Kurse an, dagegen lagen Kupferaktien im Einklang mit dem Metallmarkt schwächer, und Südafrikaner zeigten matte Tendenz.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

— **Berlin.** 28. März. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) **Weizen** per 1000 kg. Inl. 212—214 *M* ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Inländ. lt. Probe —,— *M*, —,— *M*, Abnahme im März 219,25—218,75—219,25 *M*, Abnahme im Juli 220,25—220—220,25 *M*, Abn. im September 204,75—205 bis 204,75 *M*. — **Roggen** für 1000 kg. Inländ. 185¼—186 *M* ab Bahn. Normalg. 712 g. Abnahme im Mai 191,75 bis 192,25 *M*, Abnahme im Juli 193,75—194,00 *M*, Abnahme im September —,— bis —,— *M*. — **Hafer** für 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im Mai 194,75 bis 195,00 *M*, Abnahme im Juli 195,50 *M*, Abnahme im September —,— *M*. — **Mais** für 1000 kg (ohne Angabe der Provenienz.) Abn. im April 172 *M*. — **Weizenmehl** per 100 kg brutto einschl. Sack ab Bahn und ab Speicher. Nr. 00 24,50—28,00 *M*, feinste Marken über Notiz bezahlt. — **Roggenmehl** Nr. 0 und 1: 21 90 bis 23,90 *M*. Abnahme im März —,— *M*, Abnahme im Mai —,— *M*, Abn. im Juli —,— *M*. — **Rüböl** für 100 kg mit Faß **Mark**. Abnahme im März —,— *M*, Abnahme im Mai —,— *M*, Okt. 61,50 *M* Br.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) **Berlin**, 28. März. **Weizen loko ab Bahn und frei Mühle**, 212—214 *M*, Abn. Mai 219,50—219,25 *M*, Abn. im Septbr. —,— *M*. — **Roggen loko ab Bahn und frei Wagen**, 185,00—186,00 *M*, Abnahme im Mai —,— *M*, Abnahme im Juli —,— *M*, Abnahme im Sept. —,— *M*. — **Gerste leichte inländische Futtergerste** 185,00—190,00 *M*, schwere do. 191,00—202,00 *M*, russische und Donau leichte 178,00 bis 182 *M*, do. schwere 183—188 *M* frei Wagen und ab Bahn. — **Hafer**, inländ. märk, mecklenb. pomm., pol., schles. fein 208—213, do. mittel 204—207 do. gering 199—203, alter ———, russ. feiner 206 bis 209, mittel 200 bis 205 *M*, gering 195 bis 199 *M*. — **Lieferung** Dez. —,—, Mai —,— *M* ab Wagen und ab Bahn. **Mais**, amerikanischer mixed 179 bis 183 *M*, do. abfallender ——— *M*, runder 176—183 *M*, do. abfallender ——— *M*, türk. und serb. ——— *M* frei Wagen. — **Erbsen**, inländ. Futterware, mittel 180—187 *M*, russische do. 180—187 *M*, feine Taubenerbsen 188—196 *M*, Viktoriaerbsen 250—350 *M*, kleine Kocherbsen 220—250 *M* frei Wagen und ab Bahn. **Weizenmehl** 00 loko 24,50—28,00 *M*. **Roggenmehl** 0 u. 1 loko 21,80 bis 23,90 *M*, **Weizenkleie** grobe 13,90—14,25 *M*, feine 13,90 bis 14,25 *M*, **Roggenkleie** 13,90—14,25 *M*. **Bohnen** —— bis —— *M*. **Linsen** —— *M*.

L. Weltmarkt, Berlin, 28. März. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen** Berlin 755 gr., Mai 219,25, Juli 220,25. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 167,30, Mai 167,50, Chicago Northern I Spring, Mai 159,60, Juli 152,10. Liverpool Red Winter Nr. 2 Mai 173.75. Paris Lieferungsware März —,—. Budapest Lieferungsware April 194,15. Odessa Ulka 9²⁵/₉₀ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 170,65. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei März 162,90. **Roggen**: Berlin 712 gr. Mai 192,25, Juli 194,00. Odessa 9⁴⁰/₄₅ einschl. Bordospesen loko 129,20. **Hafer**: Berlin 450 gr. Mai 195,00, Juli 195,50. **Mais**: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai —,—. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei Juni 88,30.

L. **Hamburg**. 28. März. Tägliche ausländische Offerten in Mark für 1000 kg einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen**: Manitoba III April/Mai 233¼ *M*, IV Febr./März 233¼ *M*, April/Mai 223 *M*, V Febr./März 220¼ *M*, April/Mai 205¼ *M*, Argent. Barusso 79 kg schwim. 229 *M*, Febr./März 226¼ *M*, 75 kg Febr./März 221¼ *M*, Rosafé 77 kg Febr./März 230 *M*, Austral. Febr./März 234 *M*, Choice White Karachi Febr./März 232¼ *M*, Ulka Febr./März 9 Pud 20/25 232¼ *M*, 25/30 233¼ *M*. — **Roggen**: Südr. 9 Pud 10/15 Febr./März 191 *M*. — **Futtergerste**: Südr. 58/59 kg schw. 178 *M*, März 177¼ *M*, April 174¼ *M*, Mai/Juni 173¾ *M*, Juli 162¼ *M*. — **Hafer**: Nordrussl. 50/51 kg 3% März/Mai 198 *M*, La Plata 46/47 kg Febr./März 177¼ *M*, 50 kg 182¼ *M*. — **Mais**: Mixed Febr./März —,— *M*, Paketfahrt-Dampfer —,— *M*, Odessa schw. 160 *M*, prompt 160 *M*, La Plata April/Mai 154 *M*, Mai/Juni 149 *M*, Juni/Juli 148¾ *M*.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 28. März. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 33,00—33,50 *M*. Tendenz: ruhig.

— **Berlin**, 28. März. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 32,25 Mk., feuchte Stärke — Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 28. März. Spiritus fest, März 32,25 G., März-April 32,25 G., April-Mai 32,25 G.

— **Paris**, 28. März. Spiritus ruhig, März 65,25, April 65,00, Mai-August 64,75, Septbr.-Dezbr. 53,00.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**. 28. März. Rüböl loko 66,00, Mai 64,00.

— **Hamburg**, 28. März. Rüböl fest, loko verzollt 65,00.

— **Amsterdam**. 28. März. Leinöl behauptet, loko —, April 40, Mai-August 38, Septbr.-Dezbr. —, Januar-April —.

— **Paris**, 28. März. Rüböl matt. März 74,00, April 73,50 Mai-August 70,75, September-Dezember 70,50.

Zucker.

W. **Hamburg**, 28. März. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per März 14,82½, per April 14,55, per Mai 14,85, per August 15,02½, per Oktbr.-Dezbr. 11,22½, per Januar-März —. Tendenz: fester.

W. **London**, 28. März. Rüben-Rohzucker 88 % März 14 sh. 5½ Wert ruhig, Javazucker 96 % prompt 15 sh. 6 Verkäufer ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 28. März. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März — G., Mai 67¼ G., Sept. 68¼ G., Dezember 67¾ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**. 28. März. Java-Kaffee, good ordinary, flau, loko 52.

— **Havre**, 28. März. Kaffee. Good average Santos März 87½, Mai 85, September 84¼, Dezember 83¾. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 27. März. Kaffee, Zufuhren 8000 Sack in Rio, 13 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 28. März. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 55,75 Pfg.

— **Antwerpen**, 28. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. April 5,55 bez. Januar 5,45 bez. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool**, 28. März. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikanische middling Lieferungen Kaum stetig. Per März 5,94, per März-April 5,94, per April-Mai 5,93, per Mai-Juni 5,93, per Juni-Juli 5,92, per Juli-August 5,91, per Aug.-Sept. 5,87, per Sept.-Okt. 5,84, per Okt.-Nov. 5,81, per Nov.-Dez. 5,79.

Metalle.

— **Amsterdam**, 28. März. Banca-Zinn fest, loko 119¾.

— **London**, 28. März. Blei, span., 16⅛ Lstr., engl. 16⅜ Lstr., Zinn 193 Lstr., Zink 25½ Lstr., Chili-Kupfer 68½ Lstr., 3 Monate 69⅝ Lstr.

— **Glasgow**, 28. März. (Schlußbericht.) Roheisen schwach Middlesborough Warrants III 51 sh. 5½ d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 28. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 197 Rinder (33 Ochsen, 55 Bullen, 8 Kalben, 97 Kühe, 4 Fresser), 1074 Kälber, 212 Stück Schafvieh, 1791 Schweine: zus. 3247 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 89, III. 83, IV. 74 *M* für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 87, II. 83, III. 80, VI 77 *M* für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 99, II. 66, III. 62, IV. 57 *M* für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 44, II. 42, III. 39 *M*, IV. — für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 72, II. 72, III. 69, IV. 65, V 64 *M* für 50 kg Schlachtgew. Ueberstand: 3 Rinder, davon 1 Ochsen, — Bullen, 2 Kühe, — Kalben, 3 Kälber, 20 Schafe, 5 Schweine. Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber mittel, Schafe mittel, Schweine mittel.

Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 28. März. Roter Winter-Weizen loko 109, per Mai 108⅛, per Juli 104½, per Septbr. —, per Dezbr. —. Mais per Mai —, per Juli —, per Sept. —. Mehl 4,15. Getreidefracht nach Liverpool 3⅛.

W. **Chicago**, 28. März. Weizen per Mai 103⅜, per Juli 98¼. Mais per Mai 73¾.

W. **New-York**, 28. März. Petroleum Standard white in New-York 8,20, do. in Philadelphia 8,20, do. in Bleshed Cases 10,10, do. Credit Balances at Oil City 1,50.

W. **New-York**, 28. März. Schmalz Westernsteam 10,10, Robe und Brothers 10,25.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 27. März + 1,45, 28. März + 1,40. Grochlitz + 1,15, + 1,15. Nebra Obp. + 2,08, + 2,08. Nebra Untp. + 1,48, + 1,48. Brückenp. + 0,94, + 0,94. Kösen + 0,80, + 0,78. Weißenfels Untp. + 0,38, + 0,38. Trotha + 1,77, + 1,80. Alsleben + 1,32, + 1,32. Bernburg + 0,86, + 0,86. Calbe Obp. + 1,48, + 1,48. Calbe Untp. + 0,50, + 0,49. Griesehne + 0,63, + 0,60.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Sevenstedten, für Provinz, Allgemeines, Lokales und Handelsteil: Max Ebeling; für Vermischtes: Heinrich Mierschner; Schriftleitung: A. Kierwerke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Reserven: 32 Millionen Mark. Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203292-17/fragment/page=0003

Berliner Börse, 28. März 1912

Die Börse ist Sonntags geschlossen. Die Zinstermine sind: 1. Jan. | 1. April | 1. Juli | 1. Okt. — Die Bezugsrechte notieren: 1. Jan. | 1. April | 1. Juli | 1. Okt. — Dividenden: 1. Jan. | 1. April | 1. Juli | 1. Okt. — Quartalzinsen: 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. — Ausrufungszeiten: 1. Kurs. | 1. Amtl. | 1. Freiv. | 1. Privat.

Umrechnungssätze: 1 Fr. = 1 Lire. | 1 Rubel = 1 Gulden. | 1 Gulden = 1 Rubel. | 1 Gulden = 1 Peseta. | 1 Gulden = 1 Dollar. | 1 Gulden = 1 Mark. | 1 Gulden = 1 Krone.

Berlin. Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6%, Privatdiskont 4½%. Reichsk. verb.

Otsch. Fds. u. Staats-Pap.

St.Reichs.Schätze	4	—	—				
do. 1.-7. 12	4	—	100.00b				
do. 1.-6. 15	4	—	100.10b				
Pr.Schatzanw.	4	—	99.90b				
do. 13	4	—	100.00B				
St.Rchs.-Anl.	3½	—	90.30b				
do.	4	—	101.20b				
do.	4	—	91.40b				
Dt. Schatzanw.	4	—	99.70b				
Pr.Sts.-Anl.	3½	—	90.50b				
do.	4	—	91.40b				
Brem.Anl. 06	4	—	—				
do.	4	—	99.75b				
do. 11	4	—	99.75b				
do. 99	3½	—	88.90b				
do. 06	4	—	—				
do. 96	3½	—	77.80b				
Cassel Ldkr.	3½	—	91.60b				
do. 91 u. 12	4	—	99.60b				
do. XXIII u. 14	4	—	100.20b				
do. XXIIIu. 16	4	—	100.20b				
do. XXIV u. 21	4	—	101.20b				
Hamburg St. Rt.	4	—	—				
do. 1907	4	—	99.80bG				
do. am. 1900	4	—	100.20B				
do. am. 87,94	3½	—	90.50b				
do. do. 86/87	3	—	—				
Hessen 00	4	—	99.90b				
do. 93/99	3½	—	89.00b				
do. 95 03 u. 09	4	—	99.40b				
Lüb. St. A. 06	4	—	99.90bG				
do. do. 95	3½	—	89.75bG				
do. do. 03	4	—	—				
Mckl.Ldsch.Gold	4	—	—				
do. do. 90/94	3½	—	88.50B				
Old. St.A. v. 03	4	—	99.50b				
do. do. v. 09	4	—	99.50b				
Sachs. St. Rente	3½	—	88.75bG				
Sachs. Staatsr.	3	—	81.00b				

Preußisch. Rentenbriefe

Hannoversch. Ld.	4	—	99.60bG				
do.	4	—	—				
Hessen-Nass.	4	—	—				
do.	4	—	—				
Kur- u. Neum.	4	—	99.60b				
do.	3½	—	89.70b				
Pommersch.	4	—	99.60bG				
do.	3½	—	89.70b				
Posensche	4	—	100.30bB				
do.	3½	—	89.60b				
Preussische	4	—	99.60b				
do.	3½	—	89.60b				
Rhein. Westf.	4	—	99.70b				
do.	3½	—	89.70b				
Sächsische	4	—	99.60bG				
do.	3½	—	89.50bG				
Schlesische	4	—	99.75b				
do.	3½	—	89.40bG				
Schleswig	4	—	99.60bG				
do.	3½	—	89.60b				
Westf.	4	—	99.60bG				
do.	3½	—	89.60bG				

Deutsche Kolonial-Anleihen

Dtsch. a. Kred.	4	—	99.70b				
do.	3½	—	89.70b				
Hann. Prv. IX	4	—	100.40b				
do. VII VIII	4	—	100.40b				
Ostpr. Pr. Dl.	4	—	99.75bG				
do. do. I-IV	3½	—	88.75b				
Pom. Pr. VI-IX	4	—	100.25b				
do.	3½	—	89.75b				
Posen. Pr. Anl.	4	—	100.20b				
do.	3½	—	88.00b				
Sachs. Pr. Anl.	4	—	99.60bG				
Rhpr. XX XXI	4	—	99.50b				
do. XXXV	b.	—	98.20b				
do. XXII XXIII	4	—	99.25b				
do. XXIV	4	—	99.50bG				
do. XXIV-XXIX	3½	—	88.90bG				
do. XVIII	4	—	96.50bG				
do. IX XI XII	4	—	99.10b				
Westf. Pr. III	4	—	100.00b				
do. IV	4	—	99.90bG				
do. VI	3½	—	89.40bG				
do. II III VI	4	—	99.70b				
do. V	3½	—	89.75b				
Westpr. Prv. I	4	—	99.25bG				

Stadt-, Kreis- etc. Anleih.

Aachen 00	4	—	—				
Klv. D. Wid. Tit	4	—	98.10b				
Teltow. Kreis	4	—	97.80b				
do.	3½	—	—				
Aasch. 03 02	4	—	99.00G				
Altona . . .	3½	—	91.10b				
do. 01 u. 11	4	—	—				
do. II. ausw 10	4	—	99.60bG				
do. 1. 4. 07	4	—	98.70G				
Barmen 07	4	—	98.20b				
do. 09	4	—	99.00bG				
do. 87/88	4	—	99.00bG				
Berlin 04	4	—	100.00bG				
do. 76/78	4	—	99.00bG				
do. 87/88	4	—	99.00bG				
do. 1904	4	—	99.00bG				
do. III Syn. 19	4	—	99.40G				
do. 99. 04, 05	3½	—	89.40G				
Bielefeld . .	4	—	99.70G				
Bonn . . 86	4	—	99.50bG				
do. 01/05	4	—	99.80bG				
Brandenb. 01	4	—	—				
Breslau 91	4	—	99.60G				
Bromberg 02	4	—	98.70G				
Burg unk. 10	4	—	99.25G				
Cassel 1900	4	—	—				
Charl. 89/99	4	—	99.50bG				
do. 07 uk. 17	4	—	99.50bG				
do. 09	4	—	99.60bG				
do. 85 kv. 89	4	—	99.50bG				
do. 95, 99, 02	4	—	99.50bG				
Cöln 00/06	4	—	100.60b				
do. 08 uk. 13	4	—	100.00bG				
do. 94/03	4	—	99.50bG				
Cref. 00 01	4	—	99.50G				
Danzig . . .	4	—	—				
Darmst 07 14	4	—	98.75G				
Dt. Wilmersd	4	—	—				
Dortmund . .	4	—	91.90B				
do. 1907	4	—	98.50G				
Dresd. 1900	4	—	—				
do. 1901	4	—	—				
Düsseldf 99	4	—	98.70bB				
do. 88/03	4	—	—				
Duisburg 99	4	—	—				
do.	4	—	—				
Elberfeld 99	4	—	98.60G				
Elbing 1917	4	—	98.40G				
Erfurt 93/01	4	—	98.75b				
do.	3½	—	—				
Essen 79/01	4	—	—				
Frankfurt 01	4	—	99.00G				
do. 1911	4	—	99.00G				
Freibg. 98.07	4	—	98.60G				
Fulda 1907	4	—	—				
Giessen 99	4	—	98.40G				
Görlitz 1900	4	—	99.30bG				
do.	3½	—	—				
Halberst. 97	4	—	99.60G				
Hagen. 1900	4	—	99.00G				
Halle 00 05	4	—	—				
do. 1909	4	—	98.80G				
Hannover 95	4	—	—				
Heidelberg 03	4	—	—				
Karlsruhe kv	4	—	99.10b				
do.	4	—	99.00bG				
do.	3½	—	89.80b				
Kiel 89/98	4	—	99.00bG				
do. 1907	4	—	98.70bG				
Leipzig 99	4	—	99.50bG				
do. 1907	4	—	98.50bG				
Ludwigsh. 06	4	—	98.50bG				
do.	3½	—	—				
Magdeb. 91	4	—	99.60bG				
do. 1906	4	—	—				
do. 02 u. 17	4	—	—				
Magdeburg 01	4	—	99.00bG				
Mainzer 00	4	—	98.75G				
Mannheim 07	4	—	98.60G				
do. 1907	4	—	98.60G				
Metz 1900	4	—	98.60G				
Mülheim a. R.	4	—	99.00bG				
München 00	4	—	99.00bG				
do. 00 01 06	4	—	99.00bG				
do. St. Rnt. 10	4	—	99.00bG				
do. do. 1897	3½	—	89.50bG				
Münster 03	4	—	99.00bG				
Nürnb 94 00	4	—	99.00bG				
do. 1907	4	—	98.50bG				
Offenbach 01	4	—	98.50bG				
Oldenb 07	4	—	98.50bG				
Osnabrück 01	4	—	98.50bG				
Pforzheim 01	4	—	98.50bG				
Plauen 1900	4	—	99.00bG				
do. 1907	4	—	98.50bG				
Posen 1900	4	—	99.00bG				
Potsdam 03	4	—	99.00bG				
Rostock 03	4	—	99.00bG				
Schönb. 04	4	—	99.00bG				
do.	3½	—	—				
Solingen 04	4	—	99.00bG				
Spandau 01	4	—	98.50bG				
Stettin 1900	4	—	99.00bG				
do. 1907	4	—	98.50bG				
Stuttg. 99	4	—	99.00bG				
do. 1907	4	—	98.50bG				
Thorn 01	4	—	98.50bG				
Trier 1900	4	—	99.00bG				
Wiesb 79/83	4	—	99.00bG				
Worms 01 06	4	—	99.00bG				

Deutsche Pfandbriefe

Berlin. Pfdbr.	4	—	—				
do. do.	4	—	99.00bG				
do. do.	4	—	99.00bG				
do. do.	4	—	99.00bG				
do. do.	4	—	99.00bG				
do. do. neue	4	—	99.00bG				
do. do.	4	—	99.00bG				
do. do.	3½	—	89.00bG				
do. do.	3½	—	89.00bG				
Ostpreuss.	4	—	99.50bG				
do.	3½	—	89.60bG				
Pommersch.	4	—	99.50bG				
do.	3½	—	89.70bG				
do. neuld.	4	—	99.50bG				
Posensche	4	—	101.25b				
do. XI-XVIII	4	—	99.20b				
do. Lit. A	4	—	99.50bG				
do. Komm. D.	4	—	99.50bG				
do. Lit. B	4	—	79.30G				
do. Lit. C	3½	—	89.50bG				
Schlesische	4	—	99.75b				
do.	3½	—	89.40bG				
do.	3½	—	89.50bG				
Schleswig	4	—	99.60bG				
do.	3½	—	89.60bG				
Westf. Rittsch.	4	—	99.60bG				
do.	3½	—	89.60bG				
Westpr. Ritt.	4	—	99.50bG				
do.	3½	—	89.50bG				

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Aach. Maast.	7	0	79.75G				
do. Genuss.	—	—	78.00bG				
Grosshw. Ld.	6	—	3.00G				
Grefelder	4	—	101.75b				
Gutin-Lieb.	3½	—	70.00G				
Frkf. Güterb.	4	—	55.25bG				
Halb. Rhein.	4	—	99.25bG				
Halle-Hettst.	4	—	66.25G				
Kgsb. Cranz.	4	—	144.00G				
Liegnitz Rawa	4	—	97.00B				
Lüb.-Büch.	4	—	—				
Mckl. Fr. Wilh	4	—	116.25G				
Mecklenburg	4	—	94.50bB				
Nordh. Wernig.	4	—	75.60G				
Paul. N. Rupp	4	—	—				
Prignitz V.-A.	4	—	—				
Rein Liebau	4	—	99.25bG				
Sch. Finnland	4	—	277.00G				
Aussig-Teipl	7	9	—				
Buschtiherdr	7	11½	—				
Czak. Agrm.	5	8	98.70G				
Dest. Staats	3	—	99.10G				
Orient. Eisb.	5	—	—				
Oesb. Nordw.	5	3	38.80G				
Oest. Südst.	5	3	17.30b				
Prag-Duxer	5	—	—				
Rudolfsb.	5	—	109.75G				
Warsch.-Wien	7	11½	—				
Wiener Nordb.	5	—	—				
Anatoli. 60%	5	—	113.25bG				
Baltim. Ohio	5	—	105.90bG				
Canad. Pac.	7	9½	236.75b				
Meridional	5	—	—				
Mittelmeer	3	3/4	—				
Pennsylvania	6	—	119.50B				
Ver. Pr. Eisenb	6	—	135.40bG				
Schantung	4	—	135.40bG				
West-Sizil.	3½	—	72.60b				

Strassen- u. Kleinbahnen

Aach. Kleinb.	8	—	151.00G				
Allg. Dtsch. Kl	5	—	154.25b				
Lpz. H.B.F. Vill	9	—	194.00bG				
Barm. Elbf. Str	5	—	115.25G				
Berl. Gas. Ges	8	—	152.00B				
Berl. Strassenb	7½	—	135.25G				
Brest. El. Str.	5	—	157.50bG				
Danz. do.	7	—	135.50G				
Elektr. Hochb.	6	—	136.50bG				
Elektr. Unterb.	6	—	136.50bG				
Erfurt el. Str.	6	—	140.25G				
Gr. Berl. Str.	8	—	185.25bG				
Hamb. Hochb.	8	—	157.90bG				
Hamb. Strassb	7	—	102.00b				
Hann. St. V. A.	7	—	91.70B				
Magdeb. Str.	8	—	157.90bG				
Marienb. Bnd.	6	—	137.50G				
Meckl. Strb.	6	—	157.80bG				
Niederwald.	5	—	29.25B				
Posener Str.	8	—	170.50bG				
Stettin. Strb.	8	—	171.00G				
do. V.-A.	8	—	171.00G				
Südd. Eisenb.	6	—	157.90bG				
Ver. Eis. B. VA	12	—	91.20b				

Schiffahrts-Aktien

Argo. Dampf	7	5	105.75G				
Berlin. Lloyd	7	15	115.00G				
D. Ägypt. Dpf	7	11	115.75bG				
Hansa Dmpf	7	15	223.00bG				
Kopenh. Dpf	7	12	108.50bG				
Lloyd Dpf.	7	15	97.10b				
Schl. Dpf Co.	—	—	74.50b				
V. Elbe Saale	7	—	66.00bG				

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Brslaw. Lds.	4	—	—				
Halb. Blnk.	4	—	99.25bG				
Halb. Hett.	4	—	85.75G				
do. 1909	4	—	98.25G				
Mckl. Fr. Wilh	4	—	—				
Nordh. Wernig.	4	—	93.00B				
Zschpk. Finst	4	—	—				
Sehm. Arnb.	4	—	95.50G				
Elm. Wold	4	—	—				
Gal. Carl. Lds.	4	—	91.10G				
Kronp. Rudb.	4	—	92.00B				
Nagyvikinda	4	—	82.70G				
Oesterr. Südst.	4	—	—				
do. Gold Pr.	4	—	—				
do. Ungd. St.	4	—	—				
do.	4	—	—				
do. Ergzngsn.	4	—	78.60G				
do.	4	—	78.00G				
Ostpr. Südb.	4	—	99.00bG				
Pfalz. Nb. Pfb	4	—	—				
Reichsb. Gold	4	—	91.00G				
Rudolfsb. Gold	4	—	95.50G				
Saarbr. Ludw.	4	—	98.50G				
Schles. Bergb.	4	—	98.50G				
Tarnowitz	4	—	98.50G				
Ung. Westb. A-C	4	—	98.50G				
do.	4	—	92.25G				
Wang. Dmb. A	4	—	99.50B				
Kursk-Kh. A	4	—	87.80G				
do. von 1889	4	—	87.80G				
Mosk. Jar. A	4	—	88.40G				
do. -Kursk	4	—	88.00G				
do. -Smol	4	—	87.80G				
Mosk. Kiew A	4	—	87.80G				
do. -Kursk	4	—	87.80G				
Mosk. Kiew B	4	—	87.80G				
Mosk. Rjasan	4	—	87.80G				
do. Windisp.	4	—	87.80G				
Pedol. Einsb.	4	—	—				
Rjasan-Kozl	4	—	87.80G				
do. Brest Gr.	4	—	87.80G				
do. St. Rnt. 10	4	—	87.80G				
do. do. 1897	3½	—	77.50B				
do. Lose	—	—	—				
do. Orel-Griaz	4	—	90.90G				
do. do. 1908	4	—	—				
Moscaden. B.	4	—	65.00bG				
do. kleine	4	—	67.00bG				
Rjasan-Kozl	4	—	—				
do. 89 abg.	4	—	—				
do. kleine	4	—	—				
Saratow. 1866	4	—	—				
do. 1888	4	—	88.50bG				
do. 1889	4	—	—				
do. 1906	4	—	—				
Tambow-Saras	4	—	—				
Tula-Kosl.	4	—	—				
Ural Gold	4	—	—				
Wjasma-Brj.	4	—	—				
Wladik. 20 a	4	—	—				
do. unk. 21 a	4	—	—				
do. 69-82	3½	—	89.50G				
do. Kom. Obl.	4	—	99.25G				
Rybinsk-Bjg.	4	—	97.00G				
do. Ural	4	—	—				
do. Ural 20 a	4	—	—				
do. III IV VI	4	—	—				
do. Ural unk.	4	—	—				
do. XIII uk. 22	4	—	100.00G				
do. II IV VI	4	—	89.50G				
Tula-Arsk	4	—	—				
Südd. Bodkr.	4	—	—				
do.	3½	—	—				
do. 1927	4	—	88.50bG				
Südwestb. Lit.	4	—	—				
Südwestb. Lit.	3½	—	—				
do. unk. 14 a	4	—	93.75G				

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Bayr. hyp. u. W.	4	—	94.75G				
Berl. hyp. Bk.	4	—	92.00G				
do. abg. 19	3½	—	—				
do. V. u. VI	4	—	—				
XIII XIV u. 19	4	—	—				
do. XV XVI 19	4	—	98.50b				
do. uk. 1916 a	4	—	92.00G				
do. I II u. 14	4	—	87.80bG				
do. III IV u. 14	4	—	87.80bG				
do. VII VIII 19	4	—	87.80bG				
do. XIV u. 18	4	—	87.80bG				
do. XIX u. 20	4	—	87.80bG				
do. XXIV u. 20	4	—	87.80bG				
do. XXIV u. 21	4	—	87.80bG				
Brl. HY.-Inst.	4	—	96.25b				
Brl. HY.-Inst.	3½	—	94.70b				
do. XXIV u. 18	4	—	—				
do. XXIV u. 20	4	—	—				
do. XXIV u. 21	4	—	—				
II-IX XIII-XIX	4	—	—				
do. XX 1910	4	—	90.80b				

Obligat. Indust. Gesellsch.

hypothekar. sichergestellt

Dt. Atlant. Tel.	4	—	65.25bG				
do. Tel. I. II.	4	—	—				
Ueberlandztr.	4	—	101.50b				

Bank-Aktien

Adca. f. Brauer	12	—	—				
Bk. f. Brauind.	7½	—	139.00G				
Barm. Bankv.	7	—	120.50b				
do. Kreditbk.	6	—	108.00G				
Berl. Handelsg.	12	—	172.00bG				
Brl. Hand. Ges.	9	—	172.00bG				
do. Hypoth. B.	6	—	118.70b				
do. Kassenv.	4	—	—				
do. Mühlenv.	4	—	—				
Brns. Bk. f. D.	7	—	170.75G				
Braunschw. B.	6½	—	113.25G				
Brsl. Wechslerb.	6	—	108.00G				
Brsl. Disk. abg.	6	—	108.40G				
Chem. Brsl.	6	—	102.25bG				
Cr. Wiesbad.	6	—	108.00G				
Ctrlb. f. Ind.	7	—	134.75B				
Coburg. Kred.	5	—	93.10b				
Com. u. Disk.	7	—	113.00G				
Dt. Ldsb. B.	7	—	120.00bG				
Danzig. Priv.	7	—	127.25bG				
Darmst. Mk.	7	—	124.25b				
Dessauer Ld.	7	—	112.80G				
Dt. Asiat. Bk.	7	—	137.50bB				
Dt. Ansiedlb.	5	—	135.60G				
Deutsche Bk.	12	—	256.00bG				
do. Effekt.	5	—	92.50G				
do. Hypoth. B.	6	—	152.50bG				
do. Nation. B.	7	—	117.60bG				
do. Palästina	7	—	124.00bG				
do. Uebers. B.	7	—	164.25G				
Dtsk.-Komm.	7	—	163.90b				
Dresdner Bk.	7	—	154.00bG				
Elberf. Bankv.	7	—	106.00G				
Essen. Bankv.	7	—	118.75bG				
do. Kredit	6	—	162.25bG				
Frkf. Bankv.	7	—	126.00bG				
do. Privatbk.	7	—	127.30bG				
Hamb. Hyp. B.	7	—	180.25bG				
Hannov. Bank	7	—	145.00G				
Hdlg.	7	—	170.00G				
Immob. Verkh.	—	—	620.00bG				
Kieler Bank	7	—	—				
Kölner Bkv.	7	—	120.50bG				
Landbank	7	—	100.25bG				
Leipz. Crd. A.	7	—	162.00bG				
Lüb. Commerz	7	—	120.00bG				
Lurembl. Int. B	7	—	172.75G				
Magdeb. B. V.	7	—	105.00bG				
Markische B.	7	—	124.00bG				
Meckl. B. Z.	7	—	124.00bG				
do. Hypoth. B.	7	—	292.00G				
Meining. do.	7	—	159.50bG				
Mitteld. Bkv.	7	—	118.00b				
Mosk. Priv. B.	7	—	123.40G				
Nat.-Bk. f. D.	7	—	121.00bG				
Nordd. Grdkrd	7	—	119.60bG				
Nordd. Kred. A.	7	—	120.00bG				
Nord. Kred. A.	10	—	179.75G				
Oldenb. Spk.	6	—	120.00bG				
Ostpr. Südb.	7	—	125.75bG				
Pfälz. Hyp.	7	—	212.75bG				
Pos. Landsch.	7	—	214.50bG				
Pr. Hypothbk.	7	—	121.00bG				
Pr. Pfdbr.	7	—	121.00G				
Pr. Zentr.	7	—	121.00bG				
Rh. Hyp. Bk.	7	—	140.50bG				
Sächs. Bkv.	7	—	153.75G				
Schles. Bkv.	7	—	160.00bG				
do. Bd. Kr. A.	7	—	160.00bG				
Schwrtz. Hyp.	6	—	124.30bG				
Siegen. Bkv.	7	—	251.00b				
Sächs. Bkv.	7	—	122.00G				
Südd. Bkv.	7	—	—				
do. Disc. Ges.	7	—	117.00bG				
Ver. Bkhg.	6	—	93.40bG				
Warsch. Com.	7	—	124.00bG				
Wstd. Bkv.	7	—	147.50G				
Westf. Ldsp.	7	—	141.00bG				
Wien. Bankv.	7	—	—				
Württ. Notenb.	7	—	124.00bG				
do.	7	—	92.75G				
Württ. Vereinsb.	7	—	92.75G				

Industrie-Aktien

Adlerwerke	7	—	117.00bG				
Adca. f. Brauer	12	—	—				
Bk. f. Brauind.	7½	—	139.00G				
Barm. Bankv.	7	—	120.50b				
Berl. Handelsg.	12	—	172.00bG				
Brl. Hand. Ges.	9	—	172.00bG				
Brl. Hypoth. B.	6	—	118.70b				
Brns. Bk. f. D.	7	—	170.75G				
Braunschw. B.	6½	—	113.25G				
Brsl. Wechslerb.	6	—	108.00G				
Brsl. Disk. abg.	6	—	108.40G				
Chem. Brsl.	6	—	102.25bG				
Cr. Wiesbad.	6	—	108.00G				
Ctrlb. f. Ind.	7	—	134.75B				
Coburg. Kred.	5	—	93.10b				
Com. u. Disk.	7	—	113.00G				
Dt. Ldsb. B.	7	—	120.00bG				
Danzig. Priv.	7	—	127.25bG				
Darmst. Mk.	7	—	124.25b				
Dessauer Ld.	7	—	112.80G				
Dt. Asiat. Bk.	7	—	137.50bB				
Dt. Ansiedlb.	5	—	135.60G				
Deutsche Bk.	12	—	256.00bG				
do. Effekt.	5	—	92.50G				
do. Hypoth. B.	6	—	152.50bG				
do. Nation. B.	7	—	117.60bG				
do. Palästina	7	—	124.00bG				
do. Uebers. B.	7	—	164.25G				
Dtsk.-Komm.	7	—	163.90b				
Dresdner Bk.	7	—	154.00bG				
Elberf. Bankv.	7	—	106.00G				
Essen. Bankv.	7	—	118.75bG				
do. Kredit	6	—	162.25bG				
Frkf. Bankv.	7	—	126.00bG				
do. Privatbk.	7	—	127.30bG				
Hamb. Hyp. B.	7	—	180.25bG				
Hannov. Bank	7	—	145.00G				
Hdlg.	7	—	170.00G				
Immob. Verkh.	—	—	620.00bG				
Kieler Bank	7	—	—				
Kölner Bkv.	7	—	120.50bG				
Landbank	7	—	100.25bG				
Leipz. Crd. A.	7	—	162.00bG				
Lüb. Commerz	7	—	120.00bG				
Lurembl. Int. B	7	—	172.75G				
Magdeb. B. V.	7	—	105.00bG				
Markische B.	7	—	124.00bG				
Meckl. B. Z.	7	—	124.00bG				
do. Hypoth. B.	7	—	292.00G				
Meining. do.	7	—	159.50bG				
Mitteld. Bkv.	7	—	118.00b				
Mosk. Priv. B.	7	—	123.40G				
Nat.-Bk. f. D.	7	—	121.00bG				
Nordd. Grdkrd	7	—	119.60bG				
Nordd. Kred. A.	7	—	120.00bG				
Nord. Kred. A.	10	—	179.75G				
Oldenb. Spk.	6	—	120.00bG				
Ostpr. Südb.	7	—	125.75bG				
Pfälz. Hyp.	7	—	212.75bG				
Pos. Landsch.	7	—	214.50bG				
Pr. Hypothbk.	7	—	121.00bG				
Pr. Pfdbr.	7	—	121.00G				
Pr. Zentr.	7	—	121.00bG				
Rh. Hyp. Bk.	7	—	140.50bG				
Sächs. Bkv.	7	—	153.75G				
Schles. Bkv.	7	—	160.00bG				
do. Bd. Kr. A.	7	—	160.00bG				
Schwrtz. Hyp.	6	—	124.30bG				
Siegen. Bkv.	7	—	251.00b				
Sächs. Bkv.	7	—	122.00G				
Südd. Bkv.	7	—	—				
do. Disc. Ges.	7	—	117